

Mehr Klimaschutz durch nachhaltige Landwirtschaft in Deutschland

Die Klima-Allianz fordert die Bundesregierung auf, die Potentiale einer klimaverträglichen Landwirtschaft und Ernährung in Deutschland zu nutzen und konkrete Politikmaßnahmen umzusetzen. Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die deutschen Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 zu senken. Bis 2050 sind die Emissionen um 80 bis 95 % zu senken. Die Landwirtschaft verantwortet 11 bis 16 % der gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland (je nach Berechnungsgrundlage). Angesichts dieser Herausforderung und der hohen Relevanz als Emittent muss auch die deutsche Landwirtschaft ihren Beitrag zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen leisten. Dafür existiert eine Vielzahl bisher ungenutzter Maßnahmen mit einem erheblichen Reduktionspotenzial.

Die Klima-Allianz fordert die Bundesregierung auf,

- ... die **Agrar- und Ernährungspolitik als Teil der Klimapolitik** auszurichten – mit konkreten Reduktionszielen und der Ausarbeitung eines verbindlichen Aktionsprogramms. Grundlage für dieses Programm sollten Maßnahmen bilden, die ein hohes, kosteneffizientes Reduktionspotenzial aufweisen und zudem Synergieeffekte mit anderen Umwelt- und Tierschutzzielen verbinden, wie dem Gewässerschutz und dem Erhalt der Biodiversität. Die Einnahmen aus den Versteigerungserlösen im EU-Emissionshandel müssen auch in diesem Bereich zur Finanzierung von Maßnahmen im Umwelt-Tier- und Klimaschutz eingesetzt werden.
- ... den **Ökologischen Landbau als Leitbild** einer ressourcen- und klimaschonenden Landnutzungsform zu verankern. Wissenschaftliche Studien belegen, dass der Ökologische Landbau das emissionsärmere Produktionsverfahren darstellt. Zugleich können höhere Tierschutz- und Umweltstandards erfüllt werden, v.a. durch:
 - Humusaufbau und damit Kohlenstoffrückbindung auf ökologisch bewirtschafteten Flächen,
 - niedrige Stickstoff- und Energieinputs u.a. durch Verzicht auf chemisch-synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel und den Anbau von Leguminosen,
 - geringeren Energieverbrauch, durch Weidehaltung und Offenfrontställe entfallen energieverbrauchende Beleuchtungs-, Lüftungs- und Fütterungssysteme.
 - Verzicht auf den Einsatz von Importfuttermitteln wie Soja, deren Produktion insbesondere in Entwicklungsländern klimaschädliche Effekte (wie z.B. Regenwaldabholzung) mit sich bringen,
 - längere Lebensleistung in der Tierhaltung und emissionsärmere Festmistsysteme.

Der Ökologische Landbau kann daher eine zentrale Rolle als Problemlöser einnehmen, da er Produktivität mit dem Schutz natürlicher Ressourcen besonders gut vereint.

- ... ein **Maßnahmenpaket zum Schutz von Mooren und Grünland** aufzulegen, das Fördermaßnahmen zur Renaturierung bzw. Vernässung von Mooren und kohlenstoffreichen Grünlandböden beinhaltet. Die Maßnahmen sollten eng mit den Zielen der Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung verknüpft werden. Ein wirksamer Schutz von Dauergrünland ist durch Einführung einer

flächendeckenden Genehmigungspflicht für jeglichen Umbruch von Grünland und Erlass eines generellen Umbruchverbots auf feuchten und anmoorigen Standorten zu gewährleisten. Die Nutzung von Grünland mittels naturverträglicher Milch- und Fleischproduktion mit Wiederkäuern sollte gestärkt und so der Erhalt von Grünland und die artgerechte Haltung von Wiederkäuern insgesamt verbessert werden, etwa mit Beweidungsprogrammen.

- ... ein **Maßnahmenpaket zur Verknüpfung von Klimaschutz, Ernährung und Gesundheit** zu erstellen. In Deutschland verursacht die Viehhaltung 71 % der Treibhausgase der Landwirtschaft. Eine Halbierung des Fleischkonsums entspricht den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE). Falsche Ernährung (insbesondere zu viel Fleisch) und die daraus resultierenden ernährungsbedingten Erkrankungen führen in Deutschland jährlich zu Folgekosten in Höhe von 70 Mrd. €. Die Durchführung einer **Informations- und Motivationskampagne zur Reduzierung des Fleischkonsums** unter dem Motto „Weniger Fleisch – gut für Klima und Gesundheit“ ist dringend geboten. Dies beinhaltet die **Aufklärung der Verbraucher über die negativen externen Effekte, die mit Ernährung und Fleischkonsum verbunden sind. In öffentlichen Einrichtungen sollte verstärkt vegetarisches und ökologisch erzeugtes Essen angeboten werden.**
- ... die **Arbeits- und Lebensbedingungen in den ländlichen Räumen mitzudenken.** Klimaschonende und nachhaltige Landwirtschaft, die vielfältige Leistungen für ländliche Räume bereitstellt, ist auf die Einhaltung von Sozialstandards angewiesen. Eine angemessene Entlohnung, Qualifizierung, die Einhaltung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes und von Tarifverträgen sind Grundbedingungen für eine nachhaltige Landwirtschaft und eine zukunftsfähige Agrarkultur.
- ... die **Forschung für klimafreundlichere Anbaumethoden** massiv auszubauen. Für den Biolandbau sind über die Mittel des Bundesprogramms Ökologischer Landbau hinaus weitere öffentliche Forschungsmittel für Forschung und Wissenstransfer zur Verfügung zu stellen - insbesondere auch aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- ... die **offensive Exportstrategie für lebende Tiere und tierische Lebensmittel zu stoppen.** Diese ist aus Sicht des Tier-, Klima- und Umweltschutzes kontraproduktiv. Direkte und indirekte Exportsubventionen und Förderprogramme sind abzuschaffen. Die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, die Förderung des Ökologischen Landbaus und des Absatzes bäuerlich ökologisch erzeugter Lebensmittel sind die adäquate Strategie, um die Agrarpolitik in Kohärenz zu den Politikzielen im Klimaschutz, dem Erhalt der Biodiversität und dem Tierschutz zu bringen. Internationale Tiertransporte sind auf eine Höchstdauer von acht Stunden zu begrenzen.
- ... eine **Kampagne zur Verringerung der Wegwerfrate von Lebensmitteln** in Haushalt, Handel und Herstellung zu initiieren. Denn über 20 % der Lebensmittel landen in Deutschland im Müll.
- ... sich dafür einzusetzen, dass mit der **EU-Agrarreform nach 2013** die Agrarpolitik an die gesellschaftspolitischen Anforderungen, die umwelt- und sozialpolitischen Herausforderungen und die hohen Erwartungen der Verbraucher an den Tierschutz grundsätzlich angepasst und neu ausgerichtet wird. Dies beinhaltet den forcierten Ausbau und die Weiterentwicklung von Agrarumweltmaßnahmen einschließlich der Umschichtung der finanziellen Mittel im Agrarhaushalt.

- ... eine **Neuaustrichtung der Förderung von Bioenergie** auf besonders klimaeffiziente und umweltverträgliche Maßnahmen vorzunehmen. Der umweltpolitisch kontraproduktive Förderanreiz zum Maisanbau für Biogas ist im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) durch ökologische Mindeststandards wie den Verzicht auf Grünlandumbruch oder die Beschränkung des Maisanteils zu beseitigen. Der sinnvolle und weitere Ausbau der Nutzung von Gülle und Mist in Biogasanlagen ist davon nicht berührt.
- ... die Abhängigkeit von der erdölabhängigen Landnutzung zu reduzieren. Stickstoffüberschüsse und damit Lachgasemissionen infolge von synthetischer Stickstoffdüngung und nicht sachgemäßer organischer Düngung sind drastisch zu reduzieren. Die **Obergrenze für Stickstoffüberschüsse** in der Düngeverordnung **sind entsprechend auf 50 kg N/ha*Jahr** zu begrenzen. Die **Einführung einer Stickstoffabgabe** auf Handelsebene bzw. eine **Stickstoffüberschussabgabe** auf einzelbetrieblicher Ebene muss die bisherige Wirkungsschwäche der gesetzlichen Regelungen aufheben.
- ... den **Anbau von Leguminosen** sowohl durch die Förderpolitik als auch durch entsprechende Züchtungsprogramme zu **unterstützen**. Dadurch wird synthetischer Stickstoffdünger ersetzt und durch Humusaufbau CO₂ im Boden gespeichert.
- ... die gute fachliche Praxis so zu definieren, dass **Fruchtfolgen mit mindestens 3 verschiedenen Kulturen** und eine ausgeglichenen Humusbilanz den Mindeststandard einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft rechtlich absichern.
- die **Förderung von Festmistsystemen**, die zu einer Reduktion der Ammoniakemissionen beiträgt.
- eine **Neuaustrichtung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung (AFP)** vorzunehmen, die nur noch Stallanlagen fördert, die eine artgerechte Tierhaltung ermöglichen. Massentieranlagen und flächenlose Tierhaltung sind von der Förderung auszuschließen und durch eine stringente Genehmigungspraxis zu verhindern.

Die Klima-Allianz ist das große gesellschaftliche Bündnis für Klimaschutz in Deutschland. Sie wurde 2007 gegründet und wird inzwischen von mehr als 110 Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften getragen. Die Klima-Allianz führt gemeinsame Aktionen durch, gibt Anstöße für eine konsequente Klimaschutzpolitik und macht die gesellschaftliche Breite des Themas deutlich. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist die Verhinderung neuer Kohlekraftwerke, die die langfristigen Klimaziele unterlaufen würden (Anti-Kohle-Kampagne). Die Klima-Allianz fordert die Bundesregierung auf, Kohle und Atom zu Auslaufmodellen zu erklären und den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben.

verabschiedet 16.11.2010, Hannover